

SSW Landesparteitag 2015

Flemming Meyer zu TOP 5 – Thema des Tages/Resolution

Landesverband

Schiffbrücke 42
24939 Flensburg
Tel. (0461) 144 08 310
Fax (0461) 144 08 313
Mail: info@ssw.de
Internet: www.ssw.de

Für humanitäre Hilfe für alle Flüchtlinge und für europäische Solidarität – gegen Rassismus

Es gilt das gesprochene Wort.

Husum, den 26.09.2015

Kære venner,

vi lever alle i et meget privilegeret samfund. Vi har i dag heldigvis fred, vi sulter ikke, vi har et nogenlunde godt socialt system, vi har et demokrati, vi har ytringsfrihed, vi bliver ikke forfulgt. Vi er privilegeret og derfor bør vi være solidarisk med de mennesker der ikke er privilegeret.

Millioner af mennesker er på flugt fra krige, borgerkrige, sult og tørke eller korrupte regimer eller stater, der slet ikke eksisterer mere. Det er særlig borgerkrigen i Syrien og situation i Irak, som gør at hundredetusindevis af mennesker kommer til os og søger beskyttelse for rædslerne og undertrykkelsen. De kommer til os fordi de her med rette forventer beskyttelse fra forfølgelse. De forventer sikkerhed og de forventer frihed og de forventer borgerrettigheder. Og de håber på arbejde og et privilegeret liv som vi har det.

Når de kommer til os har disse mennesker fortjent at vi byder dem velkommen. De har ikke fortjent, at de efter deres flugt her hos os bliver modtaget dårligt. **Derfor er jeg også så glad for den positive velkomstkultur som vi har etableret her i Slesvig-Holsten.**

Dieser Sommer hat Deutschland verändert. Dieser Sommer hat Schleswig-Holstein verändert. Was vorher andere betroffen hat, betrifft nun auch uns. Tagtäglich

überschlagen sich die Ereignisse. Tagtäglich gilt es, den Herausforderungen gerecht zu werden und dabei möglichst einen kühlen Kopf zu bewahren. Denn es ist kein Geheimnis, dass der Druck zum jetzigen Zeitpunkt enorm groß ist. Und zwar auf allen Ebenen. Keine der staatlichen oder überstaatlichen Ebenen kann und sollte sich in dieser Situation aus der Verantwortung stehlen. Angesichts der hohen Anzahl an Flüchtlingen, sind wir alle aufeinander angewiesen. Man spricht bereits von fast **1 Millionen** Flüchtlinge die Deutschland dieses Jahr aufnimmt. In Schleswig-Holstein nähern wir uns der **30.000** Flüchtlinge die wir versorgen müssen.

I denne forbindelse vil jeg gerne gøre en ting klart: det er fantastisk hvad alle de frivillige hjælpere yder for de mange flygtninge i hele Tyskland, men særligt også i Slesvig-Holsten. Stedfortrædende for alle vil jeg gerne fremhæve de mange frivillige hjælpere ved banegården i Flensburg. **Jeg ved at også særlig mange fra det danske mindretal er aktiv her og har hjulpet tusindvis af mennesker i de sidste uger. TAK FOR DET.**

Aber wir dürfen natürlich auch nicht die vielen hauptamtlichen Mitarbeiter der Kommunen, der Landesregierung und der Bundesregierung vergessen, die in den letzten Wochen und Monaten übermenschliches geleistet haben damit die vielen Flüchtlingen ein Dach über den Kopf haben und versorgt werden. Ich denke hier an zum Beispiel an die Mitarbeiter der Ausländerbehörden, der Feuerwehren, der Polizei oder der Technischen Hilfswerke.

Stellvertretend für viele möchte ich hier auch den Einsatz der Stadt Flensburg und ihrer Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter sowie ihres Oberbürgermeisters **Simon Faber** würdigen, die gemeinsam nicht nur eine professionelle Struktur für die EhrenamtlerInnen am Bahnhof aufgebaut haben, sondern gleichzeitig auch die vielen offiziell zugeteilten Flüchtlinge untergebracht und versorgt haben. **Også her skal lyde et stort tak. Ich glaube wir sollten alle gemeinsam stolz darauf sein, wie diese Flüchtlingsherausforderung bisher von allen Beteiligten gemeistert worden ist.**

In Schleswig-Holstein gibt es also ein positiv Willkommenskultur, die von der Bevölkerung getragen wird. Deshalb möchte an dieser Stelle auch sehr deutlich

sagen, dass ich mich sehr über den Landesvorsitzenden der CDU, Ingbert Liebing sehr gewundert habe. Er fordert nun eine Verabschiebungskultur und möchte, dass Kamerateams an der Grenze auch zeigen sollen wenn die Flüchtlinge uns wieder verlassen. **Dieses Forderungen ist vollkommen unakzeptabel und wird vom SSW entschieden ab und wir verstehen nicht welchen Sinn die Debatte darüber haben soll außer, dass dies natürlich wieder Ressentiments in gewissen Kreisen schüren wird.**

Die gemeinsame Entscheidung von Bund und Land am Donnerstag, die Mittel für die Flüchtling zu erhöhen ist ein positives Signal. Der SSW begrüßt, dass Bund und Länder sich auf ein Paket verständigen konnten, das dem Land und den Kommunen Entlastung bringt. Unserer rot-grün-blauen Landesregierung ist es gelungen, in den Verhandlungen wesentliche Forderungen durchzusetzen und unbillige Verschärfungen zu verhindern. **Die Einigung enthält zwar Maßnahmen, die der SSW für sich gesehen für falsch hält. Insgesamt stellt der ausgehandelte Kompromiss aber eine gute Grundlage.**

Die zusätzlichen Mittel werden auf Länder und Kommunalen Ebene verteilt und können sicherlich zur Entlastung etwas beitragen. Das ist aber auch dringend notwendig. Schleswig-Holstein hat in den vergangenen Monaten außerordentliche Leistungen erbracht und die Kommunen zusätzlich unterstützt. Zudem hat das Land bisher die Mittel für die Deutsch-als-Fremdsprache-Kurse erhöht. Gleiches gilt übrigens auch für die Gerichte, die sich mehrheitlich mit den Anliegen in Sachen Asylverfahren beschäftigen. Ebenso wurde die Unterstützung für minderjährige unbegleitete Flüchtlinge, sowie die Behandlung traumatisierter Flüchtlinge aufgestockt. Darüber hinaus hat das Land mehr als **200** neue Lehrer eingestellt. Auch das ist ein wichtiger Beitrag für die gute Integration der Menschen vor Ort.

In punkto Unterbringungen besteht seit den letzten Jahren ein enger Austausch, zwischen Land und Kommunen. Die Unterbringung von den Menschen, die zu uns kommen, ist das zentrale Thema auf kommunaler Ebene.

Nun geht es darum, flexible Möglichkeiten im Bereich der Wohnsituation zu schaffen. Für gängige Bauplanungen, die normalerweise gerne zwei bis zweieinhalb Jahre in

Anspruch nehmen, müssen wir jetzt schnellere Möglichkeiten schaffen. Dazu müssen wir jetzt das Landesplanungsgesetz, entsprechende Bauordnungen und ähnliches unter die Lupe nehmen und gucken, wo wir etwas zu beschleunigten Vorgehensweisen beitragen können. **Wir brauchen in den nächsten Jahren auch mehr Investitionen seitens des Bundes in den sozialen Wohnungsbau.**

So wurden etwa Erstaufnahmeeinrichtungen innerhalb kürzester Zeit eingerichtet beziehungsweise erweitert. In den nächsten Monaten sollen an insgesamt elf Orten im Land Erstaufnahmeeinrichtungen oder entsprechende Übergangslösungen in Betrieb genommen werden. Die tägliche Arbeit in und rund um die Erstaufnahmeeinrichtungen finden wir als SSW beeindruckend. Landesbeamte, Mitarbeiter des Deutschen Roten Kreuzes, Freiwillige und viele andere Menschen arbeiten Hand in Hand. Ihnen gebührt unser Dank. Unser Dank gilt auch Innenminister Studt und seinem Team, das gemeinsam mit der Landespolizei eine Arbeitsgruppe zusammengestellt hat. Diese Arbeitsgruppe leistet hervorragende organisatorische und praktische Arbeit an den Erstaufnahmeeinrichtungen und darüber hinaus. Es ist klar, dass diese Arbeit keine Projektarbeit ist, sondern eine Daueraufgabe. Daher muss man auch einmal darüber nachdenken, wie die derzeit sich entwickelnden Strukturen, längerfristig erhalten oder gar ausgebaut werden könnten; für eine effiziente und stabile Infrastruktur.

Zur Erstversorgung und Unterbringung kommt ein weiterer Knackpunkt hinzu, nämlich die Verweildauer der Flüchtlinge und Asylsuchenden. Die Verfahren müssen beschleunigt und vereinfacht werden und dazu ist vor allem eins nötig: Mehr Personal. Das Problem der Verfahrensabhandlung ist jedoch sehr vielschichtig und komplex. Denn im Grunde genommen, braucht es eine Harmonisierung der Verfahren auf Europäischer Ebene, gerade vor dem Hintergrund der Diskussion um die Verteilungsquote der Flüchtlinge.

Lad os sige det som det er: efter dette år vil alt være forandret her hos i Slesvig-Holsten, men også i Danmark og hele Europa. Vi står overfor store udfordringer og store forandringer, som intet land kan klare alene og derfor er det også så bydende nødvendigt at vi i fællesskab finder europæiske løsninger på flygtningekrisen.

Jeg vil derfor klart sige, at SSW går ind for, at alle europæiske lande – altså også Danmark – bør modtage en retfærdig del af de mange flygtninge. Tonen i debatten er præget af frygt og had, mens vi burde have en fokus på mere medmenneskelighed. Der er brug for fælles løsninger i Europa, ellers risikerer vi at situationen eskalerer.

An dieser Stelle sei auch gesagt, dass wir als SSW ganz klar eine solidarische Aufnahme der Flüchtlinge innerhalb der EU einfordern. Ohne Extrawürste, ohne Deals und ohne Freikaufoptionen. Es wird große Diskussionen geben, das ist klar. Wir brauchen eine Quote und wir brauchen vergleichbare Regelungen im Asylrecht. Die Souveränität über das Asylrecht des jeweiligen Landes gehört den Nationalstaaten. Es bildet die Säule vieler Nationalstaaten und ist bisweilen sogar in der Verfassung verankert. Wir als Politik dürfen nicht zögern, diese Diskussion anzugehen, auch wenn es ein eventuelles Ändern der Standards in punkto deutscher Rechtswege mit sich ziehen kann.

Vorgestern hat man sich auf eine Liste der sicheren Herkunftsstaaten verständigt und diese erweitert. Doch was bedeutet eine solche Maßnahme tatsächlich? Ist damit unsere Aufgabe getan? Ich glaube nicht. Dazu braucht man sich nur einmal die Zahlen der Asylsuchenden vom Balkan ansehen. Kein Mensch verlässt gerne seine Heimat; lässt Freunde, Nachbarn und Familienmitglieder zurück. Niemand macht sich freiwillig mit nur wenigen Habseligkeiten auf den Weg. Nicht wenige der zu uns kommenden Menschen vom Balkan leben in elenden Lebensumständen. Klar gibt es auch Ausnahmen. Doch für viele Familien sind Pappkartons und Wellblechhütten ohne ausreichenden Schutz gegen Wind und Wetter Alltag, denn sie leben dort.

Diese Menschen sollen nun schnellstmöglich abgeschoben werden, mit dem Hinweis, ihr Herkunftsland sei sicher, es herrsche kein Krieg und sie würden nicht verfolgt. Doch mit der Definition von Sicherheit, Krieg und Verfolgung ist es nicht immer ganz einfach. Vieles liegt im Verborgenen. Nur weil jetzt der westliche Balkan als sicher gilt, dürfen wir nicht nachlassen, uns zu engagieren und Fluchtursachen zu minimieren. Als Land sind wir auf dem Balkan vergleichsweise gut aufgestellt. Durch Akteure wie Schüler Helfen Leben, der FUEV und dem ECMI bekommen auch wir als Parlament davon mit, wie es den Menschen im Kosovo und anderswo wirklich

geht. Auch wenn rein rechtlich schon vieles in die Wege geleitet wurde, um Diskriminierung und Schikane zu unterbinden, so läuft vieles unter der Hand weiter. Das gilt vor allem für die Roma. Jeder, der sich näher mit dem Leben auf dem Balkan beschäftigt hat, kennt die primitiven und vor allem hartnäckigen Vorurteile gegenüber Roma. Mit unseren jahrelang gesammelten Kenntnissen, stünde es uns als Land gut zu Gesicht, in diesem Fall eine Vorreiterrolle zu übernehmen und auf Bundesebene den Finger auf die Bekämpfung der Fluchtursachen legen und Hilfe für die Roma einzufordern.

Der SSW kann nur mit dem Kompromiss über die Ausweitung der Herkunftsländer leben, weil es gleichzeitig eine Öffnung für eine nicht kontingentierte Arbeitsmigration aus dem Westbalkan. Nur unter dieser Voraussetzung und unter der Bedingung, dass sie alle zwei Jahre überprüft wird, ist die Beibehaltung und Ausweitung der Liste der „sicheren Herkunftsstaaten“ akzeptabel. **Dieses sehen wir als einen ersten Schritt auf dem Weg zu einem Einwanderungsgesetz für Deutschland an.**

Die internationale Gemeinschaft muss aber auch dringend die Fluchtursachen bekämpfen. Dazu gehört, dass die EU und die internationale Staatengemeinschaft ihre Verantwortung für die Bürgerkriege in Syrien und Irak und anderswo übernimmt und diese Kriege stoppt. Dazu gehört, dass die EU und die internationale Gemeinschaft ihre Verantwortung für die miserablen wirtschaftlichen Verhältnisse und korrupten Regimes auf den Balkan oder in Afrika übernimmt und endlich die Zustände dort verbessert. Wenn das nicht geschieht, dann werden diese Menschen weiter zu uns kommen.

En sidste ting: **Jeg har været imponeret over det store fællesskab der mange steder i Tyskland, men også i Danmark og andre lande er opstået blandt de mennesker, der hjælper flygtningene. Det sådan et positiv fællesskab jeg ønsker mig. Man kan også skabe fællesskab med fælles had mod fremmede. Det er ikke den form for fællesskab jeg eller SSW står for. Tak for opmærksomheden.**